

**K1**

**einstimmig beschlossen**

## **Kostenlose SchülerInnenfahrkarten für die Oberstufe**

### **1. Aktuelle Situation der OberstufenschülerInnen in Braunschweig**

Der Braunschweiger ÖPNV ist essentiell für die Mobilität aller Braunschweigerinnen und Braunschweiger. Insbesondere SchülerInnen nutzen den Personennahverkehr sowohl für den Schulweg als auch in der Freizeit. Derzeit werden auf Grundlage schulgesetzlicher Vorschriften in Verbindung mit den Ratsbeschlüssen vom 17. März 1982 nur die SchülerInnenbeförderungskosten von SchülerInnen der ersten bis zehnten Klasse übernommen. Die SchülerInnen der gymnasialen Oberstufe sowie SchülerInnen von Berufsfachschulen müssen die Kosten ihrer Beförderung selbst tragen. Aktuell belaufen sich diese Kosten monatlich auf einen Betrag von mindestens 46,50 Euro. Darüber hinaus kann die Übernahme dieser Kosten nur beantragt werden, wenn der kürzeste und ausreichend sicherste Weg zwischen der Wohnung und der Schule mindestens über 2 km lang ist.

Auf der Jugendkonferenz im Jahr 2013 in Braunschweig ist diese Thematik angesprochen und diskutiert worden. Der Wunsch vieler SchülerInnen der Oberstufe nach einer allgemein kostenfreien SchülerInnenbeförderung ist dabei zum Ausdruck gekommen. In diesem Zusammenhang ist eine Arbeitsgruppe des Stadtjugendrings in Braunschweig ins Leben gerufen worden, in welchem über mögliche Alternativen zu der derzeitigen Situation beraten worden ist.

### **2. Warum wir eine allgemeine kostenfreie SchülerInnenfahrkarte brauchen**

Wir Jusos glauben: Mobilität ist eine Grundvoraussetzung einer freien Gesellschaft. Insbesondere alle Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit einer kostenfreien Beförderung haben.

Der Ausschluss von OberstufenschülerInnen scheint angesichts der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr willkürlich. Zudem ist die Ansicht, die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe wären in der Lage, die Fahrkarten durch zum Beispiel SchülerInnenjobs selbst zu finanzieren, ist vor dem Hintergrund der steigenden Belastung der SchülerInnen durch den Schulalltag eine Farce. Die Kosten müssen in dem Großteil der Fälle durch die Erziehungsberechtigten übernommen werden. Somit stellen die entstehenden Kosten, insbesondere für ökonomisch schwächer gestellte Erziehungsberechtigte, eine enorme Belastung dar.

Die Braunschweiger Schülerinnen und Schüler sind auf den ÖPNV angewiesen. Nicht nur für die An.- bzw. Abreise von der Schule sondern auch im weiteren gesellschaftlichem Leben. Jugendliche, die sich aktiv engagieren in Sportvereinen, Kirchen, Verbänden etc. oder auch nur andere freizeitliche Aktivitäten planen, werden in den meisten Fällen die Beförderung durch öffentliche Verkehrsmittel nicht vermeiden können. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch die Mindestentfernung von 2 km grundsätzlich ab. Auch Schülerinnen und Schüler, die in der Nähe ihrer Schule wohnhaft sind, sollten die Möglichkeit haben öffentliche Verkehrsmittel in ihrer Freizeit kostenfrei zu nutzen. Darüber hinaus könnte durch eine allgemeine kostenfreie SchülerInnenfahrkarte ein enormer bürokratischer Aufwand eingespart werden, da der bisherige Anspruch auf eine sogenannte „Schüler-Sammelkarte“ durch einen unverhältnismäßig bürokratisierten und zeitaufwändigen Prozess überprüft worden ist.

### **3. Fazit und Forderung**

Wir brauchen eine allgemein kostenfreie SchülerInnenbeförderung, um die Partizipation aller Schülerinnen und Schüler am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen zu können. Aus diesem Grund fordern wir, dass ein Konzept zur Umsetzung einer solchen SchülerInnenfahrkarte schnellstmöglich entwickelt und realisiert werden kann. Arbeitsgruppen, die an Konzepten arbeiten, sollen unterstützt und weitergeführt werden. Die bisherigen Versuche zur Umsetzung einer reformierten SchülerInnenbeförderung müssen endlich Lösungen finden, damit die derzeitige, willkürliche Verfahrensweise alsbald der Vergangenheit angehören kann.

Allgemein wollen wir Jusos uns in der Zukunft mit der Möglichkeit eines kostenfreien ÖPNV für alle Nutzer auseinandersetzen. Die Attraktivität eines solchen Personennahver-

kehrs kann sowohl wirtschaftliche als ökologische Vorteile beinhalten. Einige Städte in Deutschland und Europa haben bereits solche Bestrebungen verfolgt, um alle BewohnerInnen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Viele dieser Erfahrungen zeigen, dass solche Konzepte die Finanzierung des städtischen öffentlichen Nahverkehrs auf neue, langfristige Füße stellen kann. Aus diesem Grund ist das Ziel der Jusos, die Konzepte des fahrscheinlosen Fahrens näher zu beleuchten und in der Zukunft eigene zu entwickeln.